

Integration ist nicht auf die Schule begrenzt

Zur aktuellen Diskussion über Quotenregelungen in Schulen in Oberösterreich: Integration ist eine Querschnittsaufgabe und nicht auf die Schule begrenzt. Alle in den vergangenen Jahren durchgeführten empirischen Studien zur Integration von Kindern mit Migrationshintergrund zeigen, dass deren geringere Bildungschancen sozio-ökonomisch bedingt sind. Ihre Chancen - gemessen am Besuch einer weiterführenden Schule mit Matura - sind eingeschränkt, weil ihre Eltern auch bei guter Schulbildung geringere berufliche Positionen einnehmen und niedrigere Einkommen beziehen. Durch eine bessere Integration

der Eltern in den Arbeitsmarkt wird daher als positiver Nebeneffekt „automatisch“ die Integration in der Schule gefördert. Konkrete Maßnahmen hierfür könnten sein:

- Bessere Anerkennung von in anderen Ländern erworbenen Bildungsabschlüssen.
- Gezielte Stellenausschreibungen für Bewerber mit spezifischen Sprachkenntnissen, z.B. türkischen, polnischen, serbo-kroatischen usw.
- Finanzielle und rechtliche Förderung von Sprachkursen von Arbeitnehmern.
- Erweiterung der Gleichstellungspolitik um Aspekte der Ethnie, der Immigration, der sozialen Herkunft.



OÖN-Gastkommentar
von Johann Bacher

Vorstand des Instituts für Soziologie
an der Uni Linz

Als weiterer wichtiger Einflussfaktor auf die Bildungschancen haben sich die Wohn- und Wohnungsfaktoren herausgestellt. Kinder mit Migrationshintergrund erbringen schlechtere Schulleistungen, weil sie in beengteren Wohnungen leben, ihre Wohnumgebung weniger anregend ist.

Ein dritter wichtiger Faktor sind die schlechteren Sprachkenntnisse der Kin-

der mit Migrationshintergrund. Auf diesen Aspekt konzentriert sich die derzeitige Schuldiskussion. Landeshauptmann Josef Pühringer hat diesbezüglich eine Quotenregelung vorgeschlagen, wonach in einer Schule der Anteil von Kindern mit erheblichen Sprachproblemen ein Drittel nicht überschreiten soll. Zur Quotenregelung und ihrer Effekte gibt es unterschiedliche Befunde. Nicht

bewährt hat sich in den USA das in den 1970er-Jahren eingeführte System des „busing“, also das Transportieren von Kindern in andere Schulen. Daher wurden in der Folge Ansätze der „positiven Diskriminierung“ vorgeschlagen.

„Zur Quotenregelung gibt es unterschiedliche Befunde.“

JOHANN BACHER
Universität Linz

Positive Ergebnisse werden auch über die freie Schulwahl berichtet. Übertragen auf Österreich könnte eine Maßnahme der positiven Diskriminierung bedeuten, dass die Förderung

von Privatschulen daran geknüpft wird, ob sie bestimmte Quotenvorgaben erfüllen.

Wichtig erscheint auch, dass die Leistungen der Schulen besser dokumentiert werden. Vermutungen, dass eine Schule besonders gut oder schlecht sei, könnten dadurch objektiviert werden. Derzeit ist nicht bekannt, ob Schulen mit hohem Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund tatsächlich schlechtere Leistungen erzielen.

Erwähnt sei die positive Wirkung eines mehrjährigen Kindergartenbesuchs. Dieser führt bei Kindern ohne und bei Kindern mit Migrationshintergrund zu besseren Leistungen im Lesen.